LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/2301
16. 02. 2017

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Louis Schmidt (AfD)

Angespannte Situation in der rheinland-pfälzischen Partnerregion Oppeln

Demonstrationen und ein mehr als zweiwöchiger Hungerstreik begleiteten die umstrittene Erweiterung des Stadtgebietes Oppeln zum 1. Januar 2017 um mehrere umliegende Dörfer und Gemeinden. Diese Gebietserweiterung hat erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Minderheit. Bereits am 2. Januar 2017 wurden die ersten zweisprachigen Ortstafeln abmontiert, am 26. Januar 2017 wurde in der ersten Sitzung des Stadtrates nach der Vergrößerung von Oppeln Marcin Gambiec, Ratsmitglied aus dem Wahlkomitee der deutschen Minderheit, abgewählt. Für Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), ist diese Abwahl ein Indiz für die „negative Einstellung“ gegenüber der deutschen Minderheit. Im Januar 2017 sprach Gaida in einer Sitzung des Unterausschusses „Intergroup for Traditional Minorities, National Communities and Languages“ des Europäischen Parlaments über die aktuelle Situation der deutschen Minderheit in Polen. Zwischen Rheinland-Pfalz und der Woiwodschaft (Bezirk) Oppeln besteht seit vielen Jahren eine Regionalpartnerschaft.
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was ist über das Ergebnis der Sitzung im Unterausschuss des Europäischen Parlaments bekannt?
2. Welche konkreten Auswirkungen haben diese Ergebnisse nach Kenntnis der Landesregierung auf die deutsche Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln?
3. Wird Rheinland-Pfalz dieses Thema auf EU-Ebene zur Sprache bringen, um die deutsche Minderheit zu unterstützen?
4. Warum gibt es bislang keine verbalen Verurteilungen von polnischen Entscheidungsträgern wegen deren Verhalten gegenüber der deutschen Minderheit, wenn auf der anderen Seite Ministerpräsidentin Malu Dreyer laut Allgemeiner Zeitung vom 9. November 2016 sagte, der Präsident der USA, Donald Trump, habe mit Äußerungen im Wahlkampf „erschüttert und verstört“?

Martin Louis Schmidt

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 20. Februar 2017